

Paper: Außenpolitik lässt sich nicht auf Sicherheitspolitik beschränken

Geopolitische und geoökonomische Veränderungen in der organischen Krise

Von Ingar Solty

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Der einstige SPD-Bundesfinanzminister und ehemalige LINKE-Bundesparteivorsitzende Oskar Lafontaine (2007) hat diesen von Jean Jaurès stammenden Satz neben einer Vielzahl von anderen, die Intellektuellen erfreuenden Verweisen auf historische sozialistische Denker, oft genug herbeizitiert, um den Krieg, der heute als „Deutschlands neue Verantwortung“ daherkommt, mit dem früheren SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und seiner Friedensnobelpreisrede als die „ultima irratio“ scharf zu kritisieren.

Und doch: Was bedeutet es eigentlich zu sagen, der Kapitalismus sei ohne (Krise und) Krieg nicht zu denken; wer also vom Kapitalismus nicht reden wolle, der solle auch vom Krieg schweigen, und wer nachhaltigen Frieden wolle, müsse den Kapitalismus abschaffen, da dieser grundsätzlich nicht friedensfähig sei? Denn nichts anderes besagt ja dieser radikale Satz dieses nicht ganz so radikalen Politikers, der sich und seine Partei – wie Rosa Luxemburg (GW1-2: 5-73) seinerzeit kritisierte – als Teil einer linken Regierungsbeteiligung zur Zeit der Dreyfuß-Affäre blamierte und diskreditierte. Und wie ließe sich dieser Satz belegen?

Der alte und vulgäre Antiimperialismus tendierte dazu, die Kriege des Nordens im globalen Süden auf enggefasste Rohstoff- und Absatzmarktinteressen zurückzuführen. Nun ist es richtig und wichtig, nach ökonomischen Interessen zu fragen. Auch wenn im Zuge der Clarke-Debatte über die Ursachen des Ersten Weltkriegs der Begriff der Interessen in den Hintergrund gerückt ist, rückte die Diskussion zugleich noch einmal in den Vordergrund, dass die historischen staatlichen Akteure in Großbritannien, den USA und Deutschland die Notwendigkeit „imperialistisch“ zu werden, immer wieder eben solchen (falschen) Problemanalysen begründeten (vgl. hierzu näher Solty 2015a). Und doch sollte die Zögerlichkeit des „Westens“, in die jüngsten Kriege einzutreten, aufhorchen lassen und erfordert eine genaue Untersuchung der Gründe für die Entscheidungen für (Libyen) oder gegen NATO-Kriegsinterventionen (Syrien). Zu erklären wäre auch der teilweise erratische Charakter der Politik der einzelnen westlichen Regierungen in den mit der globalen Krise koinzidierenden Kriegen, z.B. die Tatsache, dass Frankreich und Italien zunächst vehement vor der Bewaffnung der Anti-Gaddafi-Kräfte in Misrata und Bengasi warnten und plötzlich 180-Grad-Schwenks vollzogen und (mit) als erste den Nationalen Übergangsrat als souveräne Staatsvertretungen Libyens anerkannten (vgl. hierzu näher Solty 2015b).

1. Unpacking the State: Außenpolitik als Innen-Außen-Dialektik von »Staats-Zivilgesellschaftskomplexen«

Es soll bei diesem Text darum gehen, die neue geostrategische Konstellation in den Blick zu nehmen, die die neue deutsche Außenpolitik und ihre Militarisierung seit 2014 erklären hilft. Dies geht allerdings nicht auf direktem Wege. Die Stärke der linken und marxistischen Außenpolitikanalyse beruhte stets darin, dass sie das Ziel verfolgt, die Außenpolitik der Staaten systematisch in Verbindung mit den Verhältnissen in ihrem Innern zu betrachten, mehr noch: sie in Beziehung zu dem Widerspruch zu setzen, dass dem Kapitalismus eine Globalisierungstendenz, ja -notwendigkeit immanent ist, er aber zugleich in einem internationalen System von – zahlenmäßig zunehmenden – Nationalstaaten organisiert ist, woraus sich Konflikte verschiedenster Art ergeben. Mit diesem Vorgehen distanziert sich der Marxismus und der neogramscianische Ansatz in den Internationalen Beziehungen vom unhaltbaren Staat-Gesellschafts-Dualismus in der liberalen Theorie im Allgemeinen; Staaten sind nicht – auch theoretisch nicht – Ausdruck der Vernunft und die »Wirklichkeit der sittlichen Idee«, sie sind nicht ein pluralistischer Marktplatz der Ideen oder grundsätzlich vereinbareren Interessen und Werte. Sie sind integrale „Staats-Zivilgesellschaftskomplexe“ (Robert Cox), in denen sich die Kräfteverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen verdichten, weshalb „Staatsmacht“ mit dem griechisch-französischen Staatstheoretiker und Marxisten Nicos Poulantzas definiert werden kann als die „Fähigkeit einer Klasse, ihre Interessen durchzusetzen“ (Poulantzas 2002). Im Besonderen macht so der Versuch, die Außenpolitik der Staaten im Kapitalismus als „externe Absicherung eines internen Regimes“ zu begreifen, die marxistischen Analysen gegenüber dem Neorealismus in den Internationalen Beziehungen, der den Staat als Black Box und Quasiindividuum behandelt und seine inneren Kräfteverhältnisse verschlüsselt und hinter dem „nationalen Interesse“ verbirgt,¹ ebenso überlegen wie gegenüber den liberal-institutionalistischen Ansätzen, die zwar die staatlichen Apparate aufschließen, indem sie wenigstens die Akteure und ihre leitenden Ideen betrachten, aber genauso von einer Analyse der kapitalistischen Dynamik und Widersprüche absieht, teilweise weil – wie einer ihrer zentralen Denker Robert Keohane (1984: 82) offen zugibt – sich eine solche Analyse, gleichwohl sie essentiell sei, nicht operationalisieren lasse.

So wie allgemein also die Staatstheorie eine Gesellschaftstheorie voraussetzt, setzt also im jede Diskussion der neuen geostrategischen Diskussion im Besonderen eine Auseinandersetzung mit den zentralen Tendenzen und Gegentendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft im Hier und Heute voraus. Diese befindet sich seit 2007 in einer organischen Krise, d.h. einer fundamentalen Groß- und Formationskrise, in der Geschichte des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist nach der Großen Depression (1873-1896), der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (1929-1939) und der

¹ Zur Kritik vgl. Cox 1981 und Rosenberg 1996.

Krise des keynesianisch regulierten, fordistischen Kapitalismus (1967-1979) die vierte Krise dieser Art und Tiefe. Wer die neue geostrategische Konstellation verstehen will, muss sich also Klarheit darüber verschaffen, erstens, worum es bei der globalen Krise geht und, zweitens, in welcher Phase dieser Krise wir uns momentan befinden.

2. Nach dem „grünen Kapitalismus“: Die globale Krise und der Übergang zum Austeritätszeitalter

Diese Phase ist die Krise nach dem Scheitern der Versuche, den zur Abwendung der finanziellen Kernschmelze nötig gewordenen neuen Staatsinterventionismus der (Teil-)Verstaatlichung von Banken und Industrieunternehmen und der klassisch-keynesianischen Konjunkturprogramme zu nutzen, um den alten Finanzmarktkapitalismus auf stabilere Grundlagen zu stellen: Ökonomisch (Stichwort: Vermögensungleichheit, Überakkumulation, spekulative Finanzialisierung), ökologisch (Stichwort: Klimawandel) und hegemoniepolitisch (Stichwort: Prekarisierung). Das kohärenteste Projekt zur Bearbeitung dieser Krise war der Green New Deal. Obama sprach vom grünen „Post-Blasen-Kapitalismus“ als Projekt zur Restabilisierung und Definanzialisierung. Tatsächlich ist das Ergebnis des Krisenmanagements im Rückblick auf eine Rekonstruktion des Finanzmarktkapitalismus durch Staatshilfe hinaus. Dies ist aber kein „strange non-death of neoliberalism“ (wie Colin Crouch es nennt), sondern bezeugt nur noch einmal, wie falsch die Staat-Markt-Dichotomie in den Mainstream-Theorien der Globalisierung von Anfang an gewesen ist, die die aktive Rolle der Staaten in der Politik der Globalisierung übersehen hat und über das „Ende des Staates“ (Kenichi Ohmae), den „Rückzug des Staates“ (Susan Strange), die „postnationale Konstellation“ (Jürgen Habermas) u.ä. schwadronierte. Das Einzige, was rückgebaut wurde, ist der auf Absicherung abzielende keynesianische Sozialstaat und seine Umwandlung in einen neoliberalen Workfare-Staat zur Disziplinierung der Lohnabhängigen.

Das Scheitern des Green New Deal lässt sich am Beispiel der USA und den Widersprüchen ihres 787-Milliarden-US-Dollar-Konjunkturprogramms (American Recovery and Reinvestment Act von 2009) aufzeigen. Wie ich in meinem Buch „Die USA unter Obama“ ausführlich gezeigt habe, sind drei große Widersprüche dafür entscheidend gewesen, dass es zwar die finanzielle Kernschmelze erfolgreich bekämpfte, aber als – von Teilen der Administration um Obamas Wirtschaftsberaterin Christina Romer avisierte – Umbaumaßnahme des Finanzmarkt- zu einem „Grünen Kapitalismus“ scheiterte. Das Konjunkturprogramm war *erstens* zu klein, um auch die Krise am Arbeitsmarkt zu beheben (sowohl im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit als auch im Hinblick auf den Lohnverfall). Es war *zweitens* nicht grün genug, da der Anteil der staatlichen Anschubfinanzierungen für grüne Technologien und Forschung und Entwicklung in diesem Bereich mit 3,5 Prozent (verglichen zu 5,3 Prozent im chinesischen Konjunkturprogramm) verschwindend gering war. Zudem verweigerte sich

die Obama-Administration mit einem selbsterklärten „hands-off“-Ansatz bei der Teilverstaatlichung der US-Automobilindustrie einer Transformationsperspektive auf dem Wege der staatlich angeordneten Konversion. Und *drittens* war das Programm zu marktorientiert: Im Gegensatz zu Roosevelts New Deal – und seiner allgemeinen institutionellen Aufwertung der Gewerkschaften – führte es nicht zu einer Wiederbelebung des Arbeitsmarktes und der Commons durch eine solche Aufwertung und öffentliche Beschäftigungsprogramme; im Gegenteil, vor allem in Folge der US-Variante der neoliberalen Schuldenbremse auf Einzelstaatsebene kam es schon bei Einbruch der Krise zu einem versteckten Austeritätsprogramm als gegenläufige Tendenz zum Konjunkturprogramm und einem gesamtamerikanischen dramatischen Rückbau der öffentlichen Beschäftigten und einer entsprechenden Krise der Commons (insbesondere im Bereich der Bildung) (vgl. hierzu ausführlicher Solty 2013a: 15-71).

Die Frage ist: Wie erklärt man sich das Scheitern? Was waren seine Ursachen? Hierzu ist die Beobachtung wichtig, dass es sich bei der gegenwärtigen Großkrise um die erste organische Krise des Kapitalismus handelt, die weitgehend ohne Opposition vonstattengeht. Während der ersten Krise entstand – wenige Jahre nach der Pariser Kommune, die Panikreaktion unter den Herrschenden ausgelöst hatte, die sozialistische Arbeiterbewegung als demokratische Massenbewegung. Die Angst vor ihr, die Furcht vor der Revolution löste die bürgerliche Sozialreformbewegung (in Deutschland: zwischen *Verein für Socialpolitik* und Bismarcks wohlfahrtsstaatlicher Absicherung) aus – als Mittel im Kampf gegen die neue politische und – das ist entscheidend – Geistesmacht. In der zweiten organischen Krise war diese revolutionär-sozialistische Bewegung im Westen zwar vorläufig gescheitert, aber die Oktoberrevolution ein gutes Jahrzehnt zuvor hatte nicht nur die Kräfteverhältnisse global verändert, sondern beflügelte – insbesondere aufgrund ihrer (wie wir heute wissen: unter mörderischen Bedingungen geschaffenen) dynamischen und seinerzeit krisenresistenten Entwicklung – einen großen Teil der starken Arbeiterbewegung. In der dritten organischen Krise des Kapitalismus in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren sahen sich das Kapital und die herrschende Klasse in den – inner-imperialen Fragmentierungsprozessen unterliegenden – kapitalistischen Kernstaaten des „Westens“ mit einer dreifachen Phalanx an starken Gegnern konfrontiert: im Innern mit der seit der Rezession von 1966/67 immens wiedererstarkten Arbeiterbewegung bei gleichzeitigem Klassenverrat eines signifikanten Teils der bürgerlichen Funktionseliten (Studentenbewegung, Pariser Mai 1968 etc.) und nach außen einerseits mit dem realsozialistischen Lager – scheinbar erstarkt durch die Entwicklungen von Cuba 1959 bis Chile 1970/1973 und durch die weltpolitische Aufwertung (Neue Ostpolitik, völkerrechtliche Anerkennung der DDR 1973), die ein Ausdruck für die relative Schwächung des Westens war, und andererseits mit den nationalen Befreiungsbewegungen, bei denen sich allerdings mit der Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 schon vor der ersten Öl- und

Verschuldungskrise 1973 die Grenzen des arabischen Sozialismus Nasser'scher Prägung offenbart hatten.

Beim Einbruch der Krise 2007/2008 fehlte dieser Widerstand. Im Gegenteil: Streikzahlen gingen weltweit zurück, die Lohnquote sank dramatisch (auf allen Kontinenten außerhalb von Afrika und auch in einzelnen Schwellenländern wie der Türkei, China und Mexiko) und der populistische Nationalismus nach rechts radikalisierte Mittelklassen (Tea-Party-Bewegung in den USA; Schwedendemokraten, Wahre Finnen, Dänische Volkspartei, FPÖ, Partij voor de Vrijheit, etc.) füllte das politische Vakuum. Erst seit 2011, d.h. nach dem Übergang in die Austeritätsphase der Krise im Frühjahr/Sommer 2010, formiert sich der Widerstand auch von links (Arabischer Frühling 2011, Israelischer Frühling 2011, Occupy Wall Street und Wisconsin Uprising in den USA 2011, die südeuropäischen Antiausteritätsbewegungen 2011ff, kanadischer „Ahornfrühling“ 2012, chilenische Studentenbewegung, Occupy Nigeria, indonesische Gewerkschaftsbewegung, etc.) (vgl. hierzu näher Solty 2014).

Der entscheidende Punkt ist, dass die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und der großen Formationsbrüche im Kapitalismus – reflektiert in den marxistischen Staatstheoriendebatten seit den 1970er Jahren – zeigt, dass der Kapitalismus sich paradoxerweise ohne den Antikapitalismus nicht aus sich selbst heraus (bzw. aus dem Staat als seinem Widerspruchs- und Krisenmanager) erneuern kann. Es sei daran erinnert, dass sich der fordistische Nachkriegskapitalismus mit keynesianischer Makroökonomie-Regulierung ohne diesen Widerstand von unten und damit auch die Angst der herrschenden Eliten vor einer antikapitalistischen Revolution niemals aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hätte herausbilden können. Franklin Delano Roosevelts New Deal in den USA, der nach dem Sieg über den europäischen Faschismus als der barbarischen Lösung der Krise der 1930er Jahre, nach 1945 unter den Bedingungen des American Empire internationalisiert und auf den gesamten Westen ausgedehnt wurde (vgl. hierzu ausführlich Panitch/Gindin 2012 sowie Deppe/Salomon/Solty 2011), stieß bei den US-Kapitaleliten auf heftigsten Widerstand. Ohne die Klassenkämpfe von unten, d.h. ohne die Generalstreiks von Minneapolis, Toledo/Ohio und San Francisco 1934 und ohne die Sitdown-Streiks in den Automobilfabriken von Detroit und Flint/Michigan 1936/1937 wäre Roosevelt niemals in der Lage gewesen, den New Deal (vor allem nicht den Second New Deal) durchzusetzen, der heute für viele pragmatisches Vorbild transformatorischer Politik ist, und damit den Kapitalismus vor sich selber zu retten (Roesler 2010). Dies ist die ganz grundlegende Problematik, die ausschlaggebend ist für den Verlauf des Krisenmanagements der Regierungen in der globalen politischen Ökonomie und zugleich Voraussetzung für die politischen Auswirkungen der Krise.

Eine wesentliche Konsequenz der Krise und des Scheiterns des Green New Deals ist die Entsolidarisierung in Gestalt des erwähnten Aufstiegs der vor allem von den nach rechts

radikalisierten Mittelklassebewegungen getragenen sogenannten rechtspopulistischen Parteien (in Proporzwahlsystemen: Deutschland, Niederlande, Österreich, etc.) und Bewegungen (in Mehrheitswahlrechtssystemen: v.a. USA). Diese unterscheiden sich vom klassischen Faschismus u.a. darin, dass sie das politische System „bürgerliche Demokratie“ (noch) nicht als solches infrage stellen. Die Radikalisierung der Mittelklassen unter den Bedingungen der Kapitalismuskrise ist allerdings als solche nicht neu: In der ersten organischen Krise entstanden nationalistische und rassistische Mittelklassebewegungen (in Deutschland etwa der Alldeutsche Verband, der Flottenverein; in den USA etwa die nationalistisch-imperialistischen Bauern in der politisch ambivalenten Populistenbewegung etc.²); in der zweiten organischen Krise erstarkten die faschistischen Bewegungen und konnten in fast ganz Europa mithilfe der bürgerlich-konservativen und Kapitaleliten als Steigbügelhalter die politische Macht übernehmen und den gemeinsamen Feind organisierte Arbeiterbewegung (institutionell und physisch) eliminieren; und in der dritten organischen Krise der 1970er Jahre entstand – als Avantgarde und rechte Radikalisierung des Neoliberalismus – der „Neokonservatismus“ und frühe Rechtspopulismus (skandinavische Steuerrebellionsparteien, die New Right, Christian Right etc.) gegen die „soziale Hängematte“ und zunehmend – unter den Bedingungen der neoliberalen Massenarbeitslosigkeit und entsprechender Integrationsprobleme der marginalisierten Zugewanderten nicht zuletzt arabischer Herkunft – auch gegen Einwanderung. All diesen Bewegungen gemein sind die Abgrenzung nach unten und die Anrufung der Nation als Mittel zur Verteidigung der eigenen real oder subjektiv gefährdeten sozioökonomischen Position (Statusverlust). Ein wichtiger Unterschied zwischen den 1880er/1890er und 1930er Jahren einerseits und den 1970er und der gegenwärtigen organischen Krise des Kapitalismus ist die Existenz des Wohlfahrtsstaates, der erst als Folge der Krise der 1930er Jahre entstand. Das ist für die Linke politisch entscheidend, weil dies mit der Popularität der sozialstaatlichen Leistungen zusammenhängt, die vom Kapital infrage gestellt werden, aber von der Linken verteidigt werden. Die Frage ist, wie es gelingt, darauf hinzuweisen, dass viele rechtspopulistische Parteien wie etwa die Alternative für Deutschland wirtschaftspolitisch einen Rückbau des Sozialstaates fordern, von dem viele ihre Wählerinnen und Wähler (weniger dagegen ihre Mitglieder und Funktionäre) ökonomisch abhängig sind, ihre Rechte an ihm aber aus subjektiver (oder objektiver) sozioökonomischer und politischer Ohnmacht im Sinne der „Etablierten-Vorrechte“ (als subjektive „autochthone“ Deutsche, selbst wenn sie Jablonski oder Sasinowski heißen, vgl. hierzu näher Heitmeyer #####) gegen Neuankömmlinge und „Minderwertige“ zu verteidigen suchen. Diese subjektive Ohnmacht ist die Grundgefühlsressource der Rechten; sie aufzubrechen, ist – unter den Bedingungen von dreißig Jahren Defensivkämpfen im Neoliberalismus – eine der ganz zentralen Herausforderungen für die LINKE/Linke. Die Frage ist, wie es gelingen kann, die Arbeiterklassen in Deutschland, Europa und

² Vgl. hierzu näher Puhle 1972, Puhle 1975, Eley, Appleman Williams

Nordamerika von ihrer eigenen (Gegen-)Macht zu überzeugen: im Produktionsprozess sowie im (und gegen den) Staat. Dies ist natürlich ein Problem, dass antikapitalistische Parteien nicht alleine, sondern nur mit den (kämpferischen Teilen in den) Gewerkschaften beheben können. Zugleich müssen sie sich angesichts der Schwäche der Gewerkschaften, die Wettbewerbskorporatismus und Sozialpartnerschaft begünstigen, in den Betrieben (über Betriebsgruppen etc.) stärker verankern. Bildungspolitik mit der Gießkanne reicht nicht. Ein weiterer Unterschied des neuen populistischen Nationalismus ist, dass er sich im Westen wesentlich gegen Muslime richtet und im Osten der „jungen Nationen“ sowohl klassisch antisemitisch als auch rassistisch (gegen Schwarze und Araber) daherkommt. Ein dritter wichtiger Unterschied ist, dass die radikale Rechte und ihr Nationalismus von heute in außenpolitischer Perspektive tendenziell dysfunktional für die Kapitaleliten sind. Analog zum überwiegend antislawischen Rassismus in Deutschland im Verhältnis zum wilhelminischen, Weimarer und deutschfaschistischen „Drang nach Osten“ und zum weißen Rassismus in Großbritannien und Frankreich als Voraussetzung der Unterwerfung der Kolonialgebiete im 19. und frühen 20. Jahrhundert erleichtert der zeitgenössische antimuslimische Rassismus zwar die Machtprojektion nach außen in den ölfreien Gebieten des Mittleren Ostens. Allerdings hat der historische Übergang von der innerimperialistischen Konkurrenz nationalstaatlich organisierten Kapitals zur transnationalisierten Bourgeoisie unter dem Dach des American Empire dazu geführt, dass der Nationalismus tendenziell eher eine hinderliche Friktion der neoliberalen Weltmarktintegration ist, während er von 1880 bis 1945 ein Produkt und Katalysator der imperialistischen Projekte der nationalen Bourgeoisien.

Es ist dabei wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Rechtspopulismus mit dazu beigetragen hat, den Green New Deal (als sozial-ökologische Bearbeitung der Krise im Gegensatz zur Bearbeitung auf dem Wege der Austerität) als Teil eines Mitte-Oben-Bündnisses zu Grabe zu tragen (Soltz 2011: ###). Im Frühjahr/Sommer 2010 erfolgte also eine annähernd globale austeritätspolitische Wende. Die gegenwärtige (zweite) Krisenphase könnte deshalb als Austeritätszeitalter bezeichnet werden. Dabei ist es wichtig, die Austeritätspolitik nicht bloß als Ideologie des Sparens (historisch erfahrungsbedingte Finanzorthodoxie der Bundesbank etc.) zu begreifen. Sie ist aus der Perspektive des Staates unter den kapitalistischen Bedingungen des Privateigentums an den Banken durchaus rational, weil die Staaten in mehrfacher Hinsicht abhängig von den internationalen Finanzmärkten sind und die Interessen der globalen Vermögensbesitzerklassen und ihr Vertrauen auf die Zahlungsfähigkeit der Staaten berücksichtigen müssen.

3. Wettbewerbs- und Wachstumstrategien im globalen „Beggar-thy-neighbor“-Kapitalismus

Unter diesen Bedingungen verfolgen die einzelnen Staaten als „nationale Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch 1996) in einer (neo-)liberalisierten, d.h. offenen Weltwirtschaftsordnung, die als

Wirtschaftsstandorte privates Kapital (Auslandsdirektinvestitionen von transnationalisierten Konzernen) anlocken wollen (womit wohl?), sehr spezifische Wachstums- und Wettbewerbsstrategien. Diese laufen letztlich auf eine Politik des „beggar-thy-neighbor“ hinaus, d.h. eine Politik, die darauf abzielt, die sozialen und ökonomischen Widersprüche im Innern den Nachbarstaaten (und ihren Leistungsbilanzdefiziten, Staatshaushalten etc.) aufzubürden. Schon den frühen 1990er Jahren hat Greg Albo (1994: 144) dieses nun verschärfte Modell mit dem Begriff der „Wettbewerbsausterität“ beschrieben. Das strategische Ziel dieser Politik ist es, sich auf Kosten anderer Staaten in der Weltwirtschaft wettbewerbsfähig(er) zu machen. Neoliberale Sozialdemokratien erhoffen sich hiervon (immer noch) nationales Wirtschaftswachstum, was privat angehäuft wird und dann eventuell über Steuern abgeschöpft und verteilt werden kann. Dieser Sozialneoliberalismus und die Idee des „progressive competitiveness“ (ibid.: 146) funktionieren nicht, sind aber schier nicht totzukriegen, weil viele Menschen noch vor den radikalen politischen Konsequenzen zurückschrecken, die aus dieser Einsicht folgen müssten: Die Stellung der Eigentumsfrage. Die Krise zeigt immer deutlicher, dass selbst noch für die schönste sozialdemokratische Reform die private Verfügungsgewalt des Kapitals über die globalen Produktionsmittel radikal eingeschränkt werden müsste. Jedoch jeder sozialdemokratische Politiker, der dies heute fordern würde, wäre mir nichts Dir nichts weg vom Fenster.

Die zentralen und weltweit allgemeinen Säulen der „beggar-thy-neighbor“-Politik sind – insofern eine aktive staatliche Industriepolitik, geschweige denn Verstaatlichungen, aufgeklärter Protektionismus etc., die eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit voraussetzen und hervorbringen würden, ausgeschlossen werden – Standortkonkurrenz um globale Wettbewerbsfähigkeit (zur Anlockung privaten Kapitals durch niedrige Steuersätze, luxuriöse Steuersubventionen, Immobiliengeschenke, Schwächung der Gewerkschaften und Lohndruck bis hin zu gelockerten Umweltregulationen), Exportorientierung und damit Freihandelspolitik. In diesem Rahmen sind CETA, TTIP, die Freihandelsabkommen der USA und der EU mit Kolumbien etc. zu sehen. Die stets weit hinter den Erwartungen zurückliegenden Wachstumsversprechen sind dabei allerdings bei TTIP und CETA jetzt schon äußerst niedrig. Faktisch geht es ja auch eher um Investitionsschutz und nichttarifäre Handelshemmnisse („Chlorhühnchen“-Regulierung), da die tarifären Handelshemmnisse (Außenhandelszölle) zwischen NAFTA und EU längst weitgehend abgeschafft worden sind.

Die konkreten Wachstums- und Wettbewerbsstrategien der einzelnen Länder und Regionen unterscheiden sich aber. Dies ist eine Voraussetzung für ihre ökonomische Tragfähigkeit. Die USA verfolgen – ganz offen – eine Strategie der *inneren und äußeren* Abwertung von Löhnen und Kosten (als die Investitionsentscheidungen des privaten Kapitals maßgeblich bestimmenden Produktionsfaktoren). Die zentralen Säulen dieser Strategie sind im Hinblick auf die *innere*

Abwertung: (1.) Absenkung der Löhne (hierbei spielte – leider auch unter Beihilfe der US-Automobilarbeitergewerkschaft – die Halbierung der Löhne für Neueinstellungen in den teilverstaatlichten Automobilindustriunternehmen eine zentrale Rolle mit Leitbildfunktion) und (2.) billige Energie (auf der Grundlage der von Obama unmittelbar nach dem Scheitern des Green New Deal und dem nationalen Übergang zur Austeritätspolitik vollzogenen 180-Grad-Wende in Sachen Offshore-Ölbohrungen, Fracking und der Keystone-Ölpipeline); und im Hinblick auf die *äußere* Abwertung: (3.) die US-Notenbankpolitik der quantitativen Lockerung („quantitative easing“), d.h. die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Währungsabwertung und zugleich – im (durchaus fragwürdigen) Vertrauen an den Mangel an Alternativen für die chinesische, japanische etc. Zentralbank – die schleichende Entwertung der Auslandsschulden und der vom Ausland gehaltenen Dollarreserven. Das Ziel – vorgestellt von Obama unter dem Motto der „Reindustrialisierung“ – ist die Verdopplung der Exporte bis 2017 (vgl. hierzu ausführlich Solty 2013a).

Ebenso offen formuliert ist die Strategie der EU. Diese muss sich allerdings auf eine Strategie der *inneren* Abwertung beschränken; dies deshalb, weil die Europäische Währungsunion es den einzelnen Eurozonen-Staaten verunmöglicht, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit wie ehemals über nationale Währungsabwertungen wiederherzustellen. Dies ist auch der Grund, warum manche linke und neokeynesianische Intellektuelle wie Costas Lapavistas, Heiner Flassbeck und Wolfgang Streeck aus der Analyse des durch und durch neoliberalen Charakters der EU-Institutionen (ihrer Primärverträge etc.) den Schluss ziehen, dass eine Rückkehr zu nationalen Währungen notwendig ist. Denn die Alternative im bestehenden EU-System lebt die EU mit ihrer neuen Wirtschaftsregierung vor: Systematische Lohnabsenkung durch die Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiterklasse auf dem Wege der (1.) systematische Dezentralisierung der Flächentarifverträge (Schulten/Müller 2013) und (2.) „autoritärer Konstitutionalismus“ (Oberndorfer 2014). Gleichwohl bleibt die linkssozialdemokratische Position dem keynesianischen Lohnpolitik-Mythos negativ verhaftet (Schulten 2015).

4. Ist das Austeritätszeitalter ökonomisch und politisch tragfähig?

Eine entscheidende Frage für die globale politische Ökonomie und die geostrategische Konstellation ist diese: Ist diese globale Entwicklung, ist die globale „beggar-thy-neighbor“-Politik seit der austeritätspolitischen Wende im engeren Sinne ökonomisch tragfähig? Kann es etwa gelingen, auf diesem Wege die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU ohne eine europaweite Struktur- und aktive Industriepolitik zu beheben? Werden Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und jetzt auch Frankreich ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen und damit ihre Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite abbauen können, wenn Francois Hollande in Frankreich und Matteo Renzi in Italien

als Mitte-Links-Politiker ihren Ländern nun die typische neoliberale Medizin auferlegen, d.h. eine französische, italienische etc. Agenda 2010 und ein französisches, italienisches etc. Hartz IV?

Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig: Nein. Die Wachstums- und Wettbewerbsstrategie der inneren (und äußeren) Abwertung könnte theoretisch eventuell in einem Land funktionieren, das sich auf Kosten der anderen Länder und auf dem Wege der besonderen Belastungen, Enteignung und Marktdisziplinierung der eigenen Arbeiterklasse im engsten ökonomischen Sinne „gesundstößt“. Wenn allerdings fast alle Länder auf der Welt einschließlich der zwei nach wie vor größten Wirtschaftsräume/Exportmärkte der Erde diese Strategie gleichzeitig probieren, dann kann das nicht funktionieren. Der zentrale Widerspruch ist, dass sich so immer mehr Länder von Nettoimport- in Nettoexportländer verwandeln. Die Frage bleibt dann allerdings: Wer soll die ganzen Waren – Güter wie Dienstleistungen – denn eigentlich konsumieren? Wo ist die globale Nachfrage, wenn die Mehrzahl der Länder den Binnenkonsum auf dem Wege der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zur Kapitalseite hin drosselt und hofft, es werde sich schon irgendwo ein Schwellenland finden, welches das überakkumulierte Kapital und die Überschusswaren aufnimmt? (Von der Problematik, dass Wachstumszwang und ökologische Nachhaltigkeit auf einem endlichen Planeten eben unvereinbar sind, ganz zu schweigen.³) Tatsächlich muss man kein Marxist sein, um den zentralen Widerspruch dieser Entwicklung zu erkennen: Es bedürfe, so der keynesianische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman (2010) in seiner Kritik der Wettbewerbsideologie, so schon eines „anderen Planeten, dem man seine Waren verkaufen“ könne.

Tatsächlich kann man im Kleinen schon länger sehen, dass die Abwertungsstrategien nicht funktionieren: So steigen in den südeuropäischen Krisenländern die Staatsschulden im Zuge der Austeritätspolitik bei Massenarbeitslosigkeit und Kaufkrafteinbußen schneller an als dass die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden können. Möglich ist, dass sich die Profitraten weiter erholen – auch durch die Inwertsetzung der Commons in Folge der südeuropäischen etc. Schockstrategien, worauf zum Beispiel der neogramscianische Europaforscher Magnus Ryner (Ryner 2014) hingewiesen hat. Aber unzweifelhaft steht der Weltwirtschaft unter diesen Bedingungen die Perspektive einer langanhaltenden Stagnationsperiode hervor. Der kanadische Politikwissenschaftler und marxistische Ökonom David McNally spricht auch vom „global slump“ und zitiert den britischen Premierminister David Cameron mit der Aussicht auf „Jahrzehnte der Austerität“ (McNally 2011).

Die zweite entscheidende Frage ist: Kann die Austeritätspolitik, können die Strategien der inneren (und äußeren) Abwertung *politisch*, d.h. im weiteren politökonomischen Sinne tragfähig sein? Auch dies muss bezweifelt werden. Das Problem der Krise ist, dass sich ihre Probleme, weil sie nicht gelöst werden, akkumulieren. Die globale Krise ist nicht nur eine ökonomische und ökologische Krise, sondern sie ist auch eine politische Krise; und ökonomische Krise und politische Krise verstärken sich

³ Vgl. hierzu näher Harvey 2010 sowie Klein 2014.

wechselseitig. Konkret hat diese Krise mit einer Finanzkrise begonnen, die sich von den USA auf die ganze Welt ausgewirkt hat. Sie wurde – als Lehre aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre – durch den zeitweiligen Bruch mit der neoliberalen Austeritätsorthodoxie bekämpft, ohne dabei allerdings die strukturellen Überakkumulationsprobleme des globalen Kapitalismus zu beheben. Stattdessen wurde mit dem neuen Staatsinterventionismus Zeit gekauft, dienten Programme wie die deutsche Abwrackprämie oder ihr US-Äquivalent „Cash for Clunkers“ dazu, die Überproduktionsprobleme in die (nahe) Zukunft zu verschieben. Der Punkt ist, dass sich aufgrund des Scheiterns beim Versuch, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu lösen, Spillover-Effekte und wechselseitige Verstärkungseffekte ergaben, die die Krise von der ökonomischen Krise der Banken und Industriekonzerne auf dem Weg der Bankenrettungen als Staatsschulden- und „Eurokrise“ auf die Nationalstaaten verlagerten. Deren Austeritätspolitik führt allerdings zu einer Legitimationskrise, deren Folge die Fragmentierung der politischen Systeme (insbesondere in Folge des Aufstiegs von Parteien der radikalen Rechten, aber auch in Folge des Aufstiegs von Parteien der radikalen Linken wie SYRIZA in Griechenland, Podemos in Spanien oder zum Teil auch DIE LINKE in Deutschland) ist. Eine Erkenntnis der (neo-)marxistischen Staatsdebatte der 1970er Jahre, die sich sowohl in Nicos Poulantzas' historisch-staatstheoretischer Studie über den Aufstieg des Faschismus und die Politik der Kommunistischen Internationale in den 1930er Jahren (Poulantzas 1973) als auch bei Jürgen Habermas (Habermas 1973) in „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ findet, ist der Hinweis auf einen zentralen Widerspruch: Das erfolgreiche Management der ökonomischen Krisen des Kapitalismus durch den Staat (als seiner Widerspruchsbearbeitungsinstanz) setzt die politische Einheit der Bourgeoisie voraus, jedoch wird diese Einheit aufgrund der politischen Artikulation der Krise in Gestalt der „Italienisierung“ des politischen Systems und der Entstehung vor allem eigenständigen Parteien der entfremdeten und (häufig nach rechts) radikalisierten Mittelklassen gerade zerstört. Eben diese Konstellation lässt sich am besten mit dem Begriff des Interregnums von Antonio Gramsci (vgl. hierzu näher Solty 2013b). Und wie Stephen Gill und ich in einer Studie gezeigt haben, können wir diese Entwicklung in der Eurokrise empirisch genau beobachten, z.B. anhand der Tendenz zur systematischen Abwahl von Krisenregierungen und anhand des Aufstiegs von eurofeindlichen und euroskeptischen Parteien sowohl von rechts als auch von links (Solty/Gill 2013).

5. Autoritärer Kapitalismus statt Grüner Kapitalismus

Die Frage ist: Welche Entwicklungen sind in Folge der Akkumulation der Krisen und Wechselverhältnisse zwischen ökonomischen und politischen Krisendynamiken zu erwarten? TEUFELSKREIS DES AUTORITARISMUS Die allgemeine Tendenz ist jedenfalls keine Entwicklung zum Grünen Kapitalismus – ohnehin ein Oxymoron angesichts der Tatsache, dass ein auf permanentes Wachstum angelegtes System auf einem Planeten mit endlosen Ressourcen nicht nachhaltig sein

kann (vgl. hierzu näher Harvey 2010 sowie zuletzt Klein 2014) – sondern zu einem (allerdings nicht zum neuen Entwicklungstyp geeigneten) Autoritären Kapitalismus (Soltz 2015) im Sinne einer zunehmenden Stärkung der Exekutivorgane auf nationalstaatlicher Ebene (dies gilt auch für Obamas „imperiale Präsidentschaft“), die Zunahme von extralegalen Politikformen (einschließlich der Brechung der EU-Primärverträge durch eine Ad-hoc-Maßnahmenpolitik der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank) und der wachsenden Entpolitisierung zentraler wirtschaftspolitischer Grundsatzentscheidungen durch die neue Economic Governance in der EU, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt von der Europa-2020-Strategie bis zu Merkels Pakten für Wettbewerbsfähigkeit massiv verschärfen (vgl. hierzu näher Oberndorfer 2014).

Eine besorgniserregende Entwicklung ist hierbei zweifellos ein Prozess der (bürgerlichen) Demokratie-Desillusionierung sowohl von unten als auch von oben. Am weitesten fortgeschritten ist diese in den Vereinigten Staaten, wo wir es mit einem bürgerlichen Permanenz-Lamento über die „Dysfunktionalität“ des US-Staates und die „Unregierbarkeit“ des Landes zu tun haben, dessen linksliberale Variante im Übrigen die Problematisierung des postdemokratischen Kapitalismus („Plutokratie“) angesichts der Auswirkungen der Vermögensungleichheit auf die Politik ist (vgl. hierzu näher Salomon 2015). Es ist ein Menetekel des Kriseninterregnum, wenn ein vormaliger Prophet des Wirtschaftsliberalismus und der Liberaldemokratie wie Francis Fukuyama, der 1992 das „Ende der Geschichte“ und den Triumph des (ökonomischen und politischen) Liberalismus verkündete, heute in der „Financial Times“ schreibt, dass die Krise und das chinesische Krisenmanagement zeige, dass die „US-Demokratie China nichts beizubringen“ habe (Fukuyama 2011). Nicht weniger bemerkenswert ist es, wenn Thomas L. Friedman – in den 1990er Jahren ebenfalls ein Lautsprecher der (Liberal-)„Demokratisierung“ und der wirtschaftsliberalen „Globalisierung“ – in seinem im November 2009 erschienenen Krisenbuch sehnsüchtig die Exekutivkapazitäten des chinesischen Staates in der Krise beschwört und das letzte Kapitel unter der Überschrift steht, die USA „mögen doch (wenigstens für einen Tag) wie China sein“, d.h. über die staatlichen Handlungsspielräume und Machtkapazitäten des chinesischen Staates verfügen, um die nötigen Schritte im Krisenmanagement durchzuführen (Friedman 2009). Überhaupt ist der New-York-Times-Kolumnist und Bestseller-Autor Friedman als einer der ganz zentralen organischen Intellektuellen der US-Bourgeoisie mit einem immensen Einfluss auf die „second hand dealers in ideas“ (Hayek 1949: 417) auch weltweit ein exzellenter Seismograph für die Entwicklung und Entzivilisierung des bürgerlichen Denkens. Sein Denken ist ein hervorragender Ausdruck der instrumentellen Logik der Herrschaft. So reflektierte und affirmierte Friedman die Krisenprozesse des von ihm in den 1990er Jahren beschworenen globalisierten Kapitalismus und den „Beginn“ des „neuen“ Imperialismus im Zuge des Irakkriegs von 2003, indem er die intellektuelle Konsequenz zog, dass die „unsichtbare Hand“ des Marktes nicht ohne die

„unsichtbare Faust“ des US-Militärs wirken könne (Friedman 1999) und im US-„Krieg-gegen-den-Terror“ gezielte Tötungen (Friedman 2002) und Folterungen.

6. Die inneren Widersprüche schlagen nach außen: Freihandelsimperialismus reloaded

Welche Auswirkungen hat das Scheitern der Krisentransformation des Finanzmarkt- in einen grünen Kapitalismus auf die geostrategische Konstellation? Hat es in der Krise Verschiebungen im Weltsystem gegeben – und, falls ja, welche Auswirkungen haben diese auf die Frage geopolitischer und geoökonomischer Konflikte?

Zunächst einmal zu den Ergebnissen der beggar-thy-neighbor-Wachstums- und Wettbewerbsstrategien und den damit zusammenhängenden kurzfristigen und längerfristigen Verschiebungen in der Weltwirtschaft: Die USA haben nach Angaben der offiziellen US-Statistikbehörde beim *Bureau of Economic Analysis* zwar immer noch ein Leistungsbilanzdefizit. Es ist ihnen allerdings gelungen dieses deutlich senken, d.h. ihre globale Wettbewerbsfähigkeit deutlich steigern zu können: Von 712 Mrd. US-Dollar im Jahre 2005 und 702,1 Mrd. US-Dollar im ersten Jahr der globalen Krise 2007 reduzierten sie es – trotz gewisser Schwankungen – insgesamt doch (über 379,2 Mrd. US-Dollar im Jahre 2009 (Konjunkturprogramm), 494,7 Mrd. 2010, 548,6 Mrd. US-Dollar 2011, 537,6 Mrd. US-Dollar 2012) auf 476,4 Mrd. US-Dollar 2013 und 410,6 Mrd. US-Dollar 2014. Die Drei-Säulen-Wettbewerbsstrategie der USA funktioniert – u.a. mit Energiekosten, die rund ein Drittel unter denen in Westeuropa liegen – relativ gut, und es häufen sich Warnungen über die neue Wettbewerbsfähigkeit der USA nicht nur in der EU, sondern auch in China.

Die USA verlieren damit als ehemals wichtigster deutscher Nicht-EU-Exportmarkt an Bedeutung und können auch nicht mehr den globalkeynesianischen Schwamm für Überschusskapital und Überschusswaren spielen, wie sie das noch bis vor Einbruch der Krise getan haben. Was das für die globale politische Ökonomie und die Frage der finanzmarktkapitalistischen Blasenökonomie eventuell bedeutet, ist einer systematischeren Analyse zu unterziehen.

Allerdings geht die Wettbewerbsfähigkeit der USA zwar zu Lasten weiterer Teile der EU, offensichtlich aber nicht zu Lasten Deutschlands. Im Gegenteil: Von 1991 bis 2008 steigerte Deutschland das Gesamtexportvolumen in die USA von 26 Mrd. US-Dollar auf 97,5 Mrd. US-Dollar. Im selben Zeitraum stieg auch das US-Leistungsbilanzdefizit gegenüber Deutschland von 4,8 Mrd. US-Dollar auf 43,0 Mrd. US-Dollar. Nach einer kurzen Reduktion 2009 (auf 28,2 Mrd. US-Dollar) setzte es auch in der Krise seinen langfristigen Anstieg kontinuierlich fort und liegt heute bei 67,0 Mrd. US-Dollar. Auch das Gesamtexportvolumen Deutschlands in die USA ist bis 2013 auf 114,3 Mrd. US-Dollar angestiegen. Mit anderen Worten: Während Deutschland in der Krise durchaus wettbewerbsfähiger geworden ist, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen EU-Mitgliedstaaten nicht bloß im Verhältnis zum deutschen, sondern auch zum US-(Industrie-)Kapital. Dies ist ein

wichtiger Hintergrund, warum sich die deutsche Außenorientierung zwar auf die deutsche Hegemonie in Europa konzentriert, weil ihre globale, politische Machtstellung vom Fortbestand der deutsch-dominierten EU abhängt. Trotzdem zwingt die Krise des EU-Binnenmarktes durch die Austeritätspolitik und die Abhängigkeit des deutschen Krisenkorporatismus und Industriekapitals von der Schwellenländer-Nachfrage nach deutschen Maschinen, Luxuskarosserien, etc. dem deutschen Staat eine noch stärkere globale Fokussierung auf. Nichts Anderes hatte einst Horst Köhler zum Ausdruck und musste dafür seinen Hut nehmen. Joachim Gauck konnte diese im Papier „Mehr Macht – mehr Verantwortung“ seitens der Stiftung Wissenschaft und Politik entwickelte Position offener und offensiver vertreten.

Es ist klar, dass der Beggar-thy-neighbor-Krisenkapitalismus darauf hinausläuft, die inneren Widersprüche zu externalisieren, d.h. interne Regime extern abzusichern. Und marxistische Außenpolitikanalyse hat, wie eingangs erwähnt, stets das Ziel verfolgt, die Außenpolitik als Ausdruck der Widersprüche in den inneren gesellschaftlichen Verhältnissen zu begreifen.

In Bezug auf das American Empire und die USA bedeutet das Folgendes: Das Scheitern der Reform im Innern und der Übergang zur Strategie der inneren und äußeren Abwertung mit einer stärkeren Exportfokussierung führen zu einer Verstärkung der aggressiven Tendenzen in der US-Außen- und Geopolitik. Sie kann als „Innen-Außen-Dialektik“ der Vereinigten Staaten und des von ihnen geschaffenen Empires bezeichnet werden, zu dem auch Deutschland als Teil des EU-(Sub-)Imperiums gehört. Angesichts der seit etwa 2005 stark zunehmenden Kriegsmüdigkeit in den USA und in Europa gehören dazu auch – gerade im außenpolitischen Bereich – Entdemokratisierungsprozesse nach innen und eine Stärkung der außenpolitischen Exekutivapparate und Zentralisierung der außenpolitischen Entscheidungskompetenzen: In den USA im Amt des Präsidenten, der bekanntlich zeitgleich Oberster Heeresführer ist und im Grunde nur in der Frage der Kriegsfinanzierung vom US-Kongress abhängig ist (was in den USA historisch als die „imperiale Präsidentschaft“ bezeichnet worden ist), und in Deutschland und der EU in Gestalt der – allerdings aus verschiedensten Gründen kontroversen – Diskussion über die EU-Armee. Auch von einigen liberalen Staatsrechtler wird diese Entwicklung mit Erschütterung zur Kenntnis genommen.

Nun ist eine – faktisch seit über 40 Jahren – gängige These, dass sich die USA im Niedergang befänden („American Decline“) und sich nach den Kriegsdesastern von Irak bis Afghanistan auf dem weltpolitischen Rückzug befänden. Obama sei im Kern ein „Decline-Manager“. Gerade im Dauerfeuer für eine neue „deutsche Verantwortung“ – politisch von Joachim Gauck, Ursula von der Leyen, Walter Steinmeier und medial vom Deutschlandfunk, der ZEIT, Spiegel, FAZ und Co. – wird dies gerne so dargestellt. Und „mehr Verantwortung“ wird ja in der Tat von den USA eingefordert. Wie kommt man also dazu, von einer neuen aggressiven Geopolitik des US-Staates und – was nicht dasselbe ist - Empires zu sprechen?

Es ist zweifellos richtig, dass die USA „mehr Verantwortung“ von Deutschland und der EU im Management des globalen Kapitalismus und seiner Widersprüche einfordern. Dies bedeutet aber nicht viel mehr als eine neue Aufgabenverteilung innerhalb des American Empire, dessen Teil die Europäische Union und Deutschland ökonomisch, politisch und ideologisch nun einmal sind – eine Tatsache, die u.a. daran abzulesen ist, dass es den USA gelungen ist, die NATO-Osterweiterung stets vor der EU-Osterweiterung voranzutreiben. Trotzdem darf man die strategische Neuausrichtung der US-Außenpolitik nicht mit einem Rückzug verwechseln. (Und von einem Rückzug zu sprechen, wäre in der Tat possierlich angesichts der Tatsache, dass die Obama-Administration Kriege in acht Ländern geführt hat und immer noch führt – Irak, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia, Mali – und verdeckte Operationen in unzähligen weiteren.)

Der Punkt ist: Es besteht eine *Kontinuität* in der US-Außenpolitik in den Zielen und eine relative *Diskontinuität* in den Mitteln. Die strategische Neuausrichtung läuft darauf hinaus, dass sich die USA nach dem Scheitern der neokonservativen „Bodentruppen“-/„Nation-Building“-Strategie unter George W. Bush nun zu einer klassisch(-demokratischen) Mahan-Brzezinski'schen Außenpolitik der American-Empire-Integration und Weltmachtausübung über die Herrschaft über die Weltmeere und den Welthandel mithilfe einer Militär-/Handelsflotte einerseits und Brückenköpfe zur Kontrolle insbesondere der eurasischen Landmasse – mithilfe von kapitalistischer Durchdringung und Handelsverträgen (Marktöffnung und transnational-klassenformierend wirkende ausländische Direktinvestitionen) sowie Militärbündnisse, Militärbasen, etc. – andererseits zurückkehren. (Im Übrigen muss jetzt schon darauf hingewiesen werden, dass es Anfang August 2014 zu einem Zerwürfnis zwischen Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton gekommen ist, die Obama damals in dramatischen Worten „Versagen“ in der Nahostpolitik vorgeworfen hat, weil er die Freie Syrische Armee nicht mit einem Bombardement Syriens und Assad-Regime-Change unterstützt und somit den Aufstieg von ISIS begünstigt habe, der in das Machtvakuum habe stoßen können (*The Atlantic*, 10.8.2014). Zudem ist darauf zu achten, dass sich die „Neocons“ hinter der Bush-Administration – Max Boot u.a. – anschicken, auf Hillary Clintons Ticket im Kampf um das Präsidentenamt 2016 wieder in das Pentagon einzuziehen.

Die Innen-Außen-Dialektik der USA und des American Empire, was – und das ist, wie gesagt, entscheidend – nicht das Gleiche ist, heißt aber auch Folgendes: Die Voraussetzung für ein „nationales“, nicht globales ökonomisches Funktionieren des beggar-thy-neighbor und exportorientierter Wachstums- und Wettbewerbsstrategien ist die Verbesserung der Exportmöglichkeiten durch Freihandelspakete. Diese sind aber weltweit mit dem Scheitern der Doha-Runde zur Welthandelsliberalisierung im Juli 2008, der Nichtrealisierung des Gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens FTAA und der Probleme der asiatisch-pazifischen Freihandelszone unter dem Dach der APEC ins Kriseln geraten. An die Stelle dieser multilateralen Vorgehensweise wurden

zunehmend bilaterale Freihandelspakete gesetzt. Für die USA sind allerdings auch diese ins Schleppen geraten, auch weil Obama bis vor Kurzem auf die „trade promotion authority“ seiner Vorgänger verzichten musste, d.h. Exekutivmachtkapazitäten in Handelsfragen. Den USA gelang es unter Obama deshalb lediglich bilaterale Freihandelsabkommen mit Kolumbien (schon weitgehend unter Bush durchgesetzt) sowie mit der ehemaligen US-Kolonie Panama und – erst nach schwerstem Widerstand von den Gewerkschaften auf beiden Seiten – mit Südkorea durchzusetzen.

Zugleich sind die USA mit einer zunehmenden regionalen Integration in Lateinamerika (ALBA als linkes Gegenmodell zur FTAA, der Mercosur, der SUCRE als Mittel, sich gegen schuldenimperialistische IWF/Weltbank-Praktiken von Seiten der USA und des „Westens“ zu schützen) und Ostasien (Shanghai Organization, Asia Cooperation Dialogue, Chiang-Mai-Währungswechsel) konfrontiert.

Gerade Letztere und die regionale Integration in Asien könnten für die USA, Deutschland und die anderen verbündeten kernkapitalistischen Staaten im Empire zum Problem werden: Die zentrale geostrategische Herausforderung für die USA, Deutschland und den „Westen“ ist die kapitalistische Durchdringung und subordinierte Einbindung Chinas in das Empire, d.h. in einen (weiterhin) vom US-Staat dominierten und vom eurohegemonialen Deutschland mitverwalteten globalen Kapitalismus und die neoliberale Weltwirtschaftsordnung. Der „pivot to Asia“ der USA unter Obama, die Selbsterklärung der USA zur „pazifischen Macht“ in der (fragmentarischen) Obama-Doktrin und Hillary Clintons Proklamation in *Foreign Affairs*, das 21. Jahrhundert würde „Amerikas pazifisches Jahrhundert“ sind in diesem allgemeinen Kontext zu sehen. Zugleich sind sie Ausdruck des Scheiterns der Reform im Innern, die ja auch der Versuch von Teilen der Administration um Obamas oberste Wirtschaftsberaterin Christina Romer (die später als strategisch Gescheiterte zurücktrat) war, den Zugriff der USA auf die globalen Finanzreserven durch das Dollar-Wall-Street-Regime zu nutzen, um die ökonomische US-Hegemonie auf dem Wege der grünpolitikistischen Innovation wiederherzustellen.

Diese Probleme bei der kapitalistischen Durchdringung und geostrategischen Einbindung Chinas durch das American Empire resultieren daraus, dass es keine historischen Vorbilder gibt, die als Beleg herangeführt werden könnten, dass die Einbindung Chinas gelingen wird. Die Entwicklung Chinas scheint für viele marxistische und nicht-marxistische Beobachter abgeschlossen zu sein, die in China heute einen schlichten autoritären Staatskapitalismus sehen. Die Situation scheint allerdings komplexer und die Entwicklung seit Beginn der Marktliberalisierung unter Deng Xiaoping 1978 sind keineswegs so linear wie sie oft dargestellt werden. Ein Beispiel hierfür, das auch als ein Beleg für die von Fukuyama und Friedman neidisch beobachteten enormen Staatskapazitäten Chinas dienen kann, ist z.B. die bemerkenswerte steuerpolitische Wiederermächtigung des Zentralstaates gegenüber den einzelnen Provinzen und besonders stark kapitalistisch durchdrungenen und in den globalen

Kapitalismus fest integrierten Sonderwirtschaftszonen (vgl. hierzu näher Jacques 2009: 166-69). In der Debatte zwischen Adepten der „sozialistische-Marktwirtschaft“-These wie Theodor Bergmann einerseits und den Vertretern der These vom autoritären „Staatskapitalismus“ wie Tobias ten Brink (2010) macht es – auch und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung der dramatischen Klassenkonflikte – Sinn, keine vorschnellen Antworten zu geben. China ist als Teil von Chimerika in einer abhängigen Position von den USA; aber die zukünftige Entwicklung Chinas scheint offener zu sein als vielfach angenommen. Die zentralen Fragen für die Zukunft Chinas ist die Frage der zwei letzten Bastionen des „Sozialismus chinesischer Prägung“: 1. Die vom Westen vehement eingeforderte Liberalisierung der (binnenchinesischen) Finanzmarktes und (2.) die Deregulierung des kollektiven Landbesitzes (Economist: „bid the farm“). Trotz Willensbekundungen in diese Richtung und massiver Einforderung von Seiten der kernkapitalistischen Staaten hat sich da faktisch bislang wenig getan. Interessant sind hierbei zugleich die Entwicklung neuer Bündnisse zwischen lokalen KP-Fürsten, deren politische Macht auf dem kollektiven Bodenbesitz beruht (auch bei kollektiven High-Risk-Investitionen), einerseits und den traditionellen und neuen Linken in den Staatsapparaten im Kampf gegen die Landbesitz-Deregulierung.

Die Herausforderung für den „Westen“ in Bezug auf die kapitalistische Durchdringung und subordinierte Einbindung Chinas in das Empire sind deshalb so groß, weil es keine historischen Vorbilder gibt, die ein leichtes Funktionieren nahelegen würden. Dafür gibt es drei Gründe: (1.) Mit Deutschland und Japan – als weltwirtschaftlich zentrale Staaten – integrierten die USA nach 1945 vergleichsweise kleine Staaten mit geringeren Bevölkerungszahlen; China dagegen verfügt über eine fast viermal so große Bevölkerungszahl wie die USA. (2.) Deutschland und Japan waren zum Zeitpunkt ihrer Durchdringung und Einbindung militärisch besiegt und von den USA besetzt und ihre herrschenden Klassen befürchteten insbesondere in Deutschland/Westeuropa angesichts der starken antikapitalistischen Bestrebungen bis weit in die Christdemokratie hinein eine wirtschaftliche Entmachtung; China dagegen ist ein souveräner Staat und auch wenn es ein Entwicklungsland ist, handelt es sich bei China doch um einen Jahrtausende altes Zivilisationsreich, das aus seiner eigenen Perspektive „wiedergeboren“ worden ist und nach seiner Peripherisierung seit dem 19. Jahrhundert wieder zur alten Stärke zurückkehrt. (3.) Deutschland und Japan wurden unter den Bedingungen der Bipolarität im Kalten Krieg („sowjetische Bedrohung“) mit „Nabe-Speiche-Beziehungen“ (Gowan 1999: 191) zwischen den einzelnen Ländern des Westens zu den USA integriert und zu einem Zeitpunkt der absoluten ökonomischen Übermacht der USA, die seinerzeit über die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts verfügten, durchdrungen und in das American Empire integriert. Unter den Bedingungen der Multipolarität nach dem Ende der Systemkonkurrenz und dem relativen ökonomischen Bedeutungsverlust der USA (auf weniger als ein Viertel des globalen BIP) ist die Integrationskraft des US-Staates freilich abgeschwächt. Die graduelle Unilateralisierung der US-

Außenpolitik nach 1991 – unabhängig davon, wer im Präsidentenamt saß – ist, wie u.a. Rainer Rilling (2008) gezeigt hat, eine Folge davon.

Die USA sind vor diesem Hintergrund und im Kontext der Krise des westlichen Freihandelsimperialismus unter Obama zu einer dreifachen Strategie der Eindämmung zurückgekehrt: Gegenüber China, aber auch gegenüber dem linksgewendeten Lateinamerika und zunehmend gegenüber Russland.

Die China-Politik der USA hat die Form einer Strategie der Einbindung durch Eindämmung eingenommen. Die USA machen sich zunehmend regionale Spannungen (um Territorien im Südchinesischen Meer etc.) zunutze, um als regionale (Militär-)Ordnungsmacht auftreten zu können. Diese Strategie verfolgen sie mit einigem Erfolg. Unter Obama wurden zahlreiche bilaterale Militärbündnisse mit Australien, den Philippinen, Japan und sogar Vietnam und Indien aus- und aufgebaut. Ziel ist es, die Konflikte vor Ort auszunutzen, um die regionalen Integrationsbemühungen zu hintertreiben bzw. zu verhindern, dass sie sich eventuell außerhalb des American Empire und als Konkurrenzblöcke entwickeln könnten. Der Hebel, mit dem China in das American Empire integriert und davon abgehalten werden soll, beispielsweise mithilfe des Chiang-Mai-Multilateralisierungspaktes (einem ostasiatischen Währungswechselsystem jenseits des US-Dollars) die US-Finanzhegemonie herauszufordern, ist die Drohung mit einer maritimen Kontinentalsperre. US-AußenpolitikerInnen vertrauen darauf, dass Chinas Staatsführung, weil sie aus Gründen der innenpolitischen Stabilität auf hohe Wachstumsraten von um die 10% BIP angewiesen ist, um die 250 Millionen Wanderarbeiter sozial integrieren zu können, eine solche Politik nicht in Erwägung zieht; denn fast 80% des gesamten chinesischen Außenhandels und des unabdingbaren Rohstoffimports wird über das von den USA kontrollierte Südchinesische Meer, die Straße von Malaka und den Persischen Golf abgewickelt. Die USA können also im Grunde damit drohen, soziale Revolten in China hervorzurufen (vgl. hierzu näher Solty 2013a).

Ähnlichen Zwecken dient im Verhältnis zu Lateinamerika die Pazifik-Allianz, die nach dem Scheitern der FTAA die starken regionalen Integrationsprozesse im linksgewendeten Lateinamerika hintertreiben soll, das sich im Schatten der US-Nahostkriege mit Brasilien an der Spitze und zwei innerlich konkurrierenden Projekten/Blöcken neue Freiräume verschaffte.

Die dritte Eindämmungsstrategie bezieht sich auf Russland. Die Anzeichen – einschließlich der Ernennung von John F. Tefft zum US-Botschafter in Russland – verdichten sich, dass die USA auch in Bezug auf Russland mittlerweile auf eine Strategie der Eindämmung drängen. Diese wird unmittelbar in Beziehung gesetzt zur Kennan'schen Außenpolitik nach 1947 (Baker 2014) *New York Times*, 19.4.2014) und als „Containment 2.0“ (*Forbes Magazine*, 20.4.2014) diskutiert. Das erklärte Ziel der Obama-Administration ist es, Russland in einen „Paria-Staat“ zu verwandeln (und auch China, das mit Russland im UN-Sicherheitsrat regelmäßig gegen NATO-Kriege gestimmt hat, in eine Anti-Russland-

Phalanx einzubinden). Die Tendenzen zur militärischen Einkreisung Russlands durch die NATO-Staaten sind entsprechend eine sehr beunruhigende Entwicklung. Dies führt jedoch – vor dem Hintergrund der Energieabhängigkeit und starken wirtschaftlichen Verflechtung im eurasischen Raum – zu innerimperialen Konflikten, besonders zwischen Deutschland und den USA, die noch genauer zu untersuchen sind.

Die USA profitieren zweifellos von der Ausnutzung von existierenden regionalen Konflikten. Unter den Bedingungen der Multipolarität und nach dem Scheitern des krassen Unilateralismus der George W. Bush-Administration geht es letztlich um eine dreifache Divide-et-impera-Politik. (Die Notwendigkeit, durch Spaltung der Beherrschten herrschen zu müssen, ist, wie weiter unten zu diskutieren sein wird, freilich auch ein Ausdruck der Schwäche.) In jedem Fall stellt sich natürlich zugleich die Frage: Heizen sie diese als Mittel der Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen auch direkt an?

Zunächst gilt es entgegen einem bornierten Antiimperialismus und verrückten Verschwörungstheorien unbedingt festzuhalten: Von Libyen über den Iran bis zur Ukraine haben die USA und die „westlichen“ Staaten nicht aus eigener Kraft „grüne“ oder „orangene Revolutionen“ und „Frühlingsaufstände“ geschaffen. In all diesen Fällen waren es immer Krisenfolgen und (legitime) innenpolitische Gründe, die zu Aufständen gegen existierende (autoritäre und Oligarchen-)Regimes geführt haben. Der US-Staat und seine Verbündeten machen sich vielmehr innenpolitische Entwicklungen in diesen Ländern zunutze und befördern bloß finanziell, militärisch, politisch und ideologisch solche Kräfte, die ihren Interessen nutzen. Dies geschieht häufig sehr kurzfristig und, wie im Folgenden gezeigt werden soll, auf eine teilweise recht kurzfristige Weise. Die eingangs erwähnte Zögerlichkeit in den Interventionsentscheidungen und das erratische Wesen der Außenpolitik der Staaten des „Westens“ sind ein Ausdruck der Tatsache, dass Einiges an der westlichen Politik nicht von langer Hand strategisch Geplantes ist, sondern vielmehr fast passive Ad-hoc-Feuerlöschpolitik in Reaktion auf schwelende und zumeist dauerhaft ungelöste Probleme. Darauf wird zurückzukommen sein.

Gleichwohl wirft die gegenwärtige Ukraine-Krise wichtige Fragestellungen auf: Wie kann man sich die komplexe Interessenslage der einzelnen Staaten und Akteure erklären? Wer verfolgt eigentlich welche Interessen in diesem Konflikt? Und wer profitiert davon, wenn es zu einer Spaltung auf dem europäischen Kontinent kommt zwischen Russland einerseits und der osterweiterten Europäischen Union andererseits, deren Industrien von russischen Energieimporten abhängig und eng mit dem russischen (Export-)Markt verflochten sind? Im Einzelnen müsste beispielsweise geklärt werden, wie es zu der recht merkwürdigen Spaltung zwischen den aggressiv antirussischen bürgerlichen Medien von liberal bis konservativ und der zunächst gleichsam aggressiven und seit längerem doch eher verhaltener agierenden Bundesregierung einerseits und großen Teilen der deutschen und

europäischen Kapitalverbände – und zwar nicht nur der deutsch-russischen Handelsgesellschaft – kommt, die wie im September 2014 BASF, Siemens, das Davoser Weltwirtschaftsforum etc. in einem Zehn-Punkte-Plan die Neutralität (anstatt EU-/NATO-Einbindung) der Ukraine gefordert haben und die Bundesregierung seither zur Mäßigung aufgerufen haben.⁴ Eine Hypothese hierfür ist es gewesen, dass die neue EU-Führungsmacht Deutschland vor dem Dilemma steht, von Interessen der osteuropäischen neuen EU-Mitgliedsstaaten und den USA aggressiv gegen Russland zu operieren und den eigenen Interessen an einem guten Verhältnis zu Russland auseinandergerissen zu werden (Rupp 2015). Eine andere Hypothese wäre es zu sagen, dass es in Deutschland einen Konflikt zwischen transatlantischen und transnationalen Kapitalinteressen gibt und dass die ökonomische, politische und ideologische Durchdringung Deutschlands durch das American Empire und die „transatlantische herrschende Klasse“ (vgl. van der Pijl 1998) besonders in den transatlantisch eng vernetzten Leitmedien zum Tragen kommt.⁵ Die Staatsräson Westbindung/Transatlantizismus und ihre Dauerpräsenz in den bürgerlichen Leitmedien vom Springer-Konzern bis zum Spiegel zeigten sich jedenfalls offen in dem krassen Elite-Massen-Bruch während der Ukraine-Krise. Dieser – u.a. in der ZEIT offen erkannte – Hegemoniebruch⁶ trug auch dazu bei, Herrschaftsverhältnisse ideologisch offen zu legen.

In jedem Fall steht außer Zweifel, dass für die USA – wie James Baker es formuliert – die „zentrale Herausforderung der neuen Containment-Strategie“ sein wird, innerimperial die „europäischen Partner“ zu integrieren und bestenfalls auch ein dauerhaftes Bündnis mit Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien gegen Russland zu schmieden. Die USA müssten mit wechselnden Containment-Strategien operieren.

Die Frage ist: Was sind die kurzfristigen und längerfristigen Ziele dieser Politik? Und was hat das mit „neuem Imperialismus“ zu tun? Es wurde bereits erwähnt, dass das Hauptziel des neuen Imperialismus in der kapitalistischen Durchdringung und der Schaffung eines neoliberalen und US-dominierten globalen Kapitalismus ist. Das Mittel zu diesem Zweck ist das, was Stephen Gill den „neuen Konstitutionalismus eines disziplinären Neoliberalismus“ genannt hat: Wirtschafts- und Handelsverträge schaffen die Grundlagen für die leichte Durchdringung anderer nationaler Gesellschaftsformationen und schützen die transnationalen Konzerne vor den Auswirkungen der nationalstaatlichen Demokratie, indem sie die Rechte des Privateigentums auf diesem Wege der „Internationalisierung des Staates“ (und faktisch der US-[Wirtschafts-]Verfassung) verankern. Dazu gehören Aspekte wie die Festschreibung der Gleichbehandlung von inländischem und ausländischem Kapital durch die Nationalstaaten im Rahmen der WTO-Mitgliedschaft (ein Mittel, das nationale Unabhängigkeitsstrategien aushebelt), die mit CETA und TTIP (wieder) ins Zentrum der

⁴ http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenevaUkraineInitiative_CommonPrinciples_2014.pdf

⁵

⁶

Aufmerksamkeit gerückte Zukunftsgarantie privatkapitalistischer Profite entgegen der gegenwärtigen und zukünftigen Volkssouveränität und demokratischen Willensbildung (vgl. Eberhardt 2014; Fuchs 2015; Scherrer 2015) und der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, d.h. Regulationen wie Hygiene- und Gesundheitsvorschriften usw. usf.

Allerdings lassen sich nicht alle Kriege seit Beginn der globalen Krise und auch viele davor nicht mit diesem Aspekt des neuen Imperialismus erklären. Es wäre auch nicht ersichtlich, warum es zu der eingangs erwähnten erratischen Politik der westlichen Staaten in Bezug auf den Arabischen Frühling in Libyen und Syrien gekommen ist. Der vulgäre oder alte Antiimperialismus müsste eben genau diese erklären.

Zunächst einmal erfolgt die Durchsetzung der Durchdringung in den seltensten Fällen auf dem Wege unmittelbarer Kriege. Die prima ratio des neuen Imperialismus ist der Schuldenimperialismus, d.h. die Erzwingung der Marktöffnung zu den Bedingungen der kapitalistischen Kernstaaten auf dem Wege der Verschuldung der Staaten des globalen Südens und den entsprechenden Auflagen und Bedingungen, die die kapitalistischen Kernstaaten mittels des IWF und der Weltbank an westliche Kredite knüpfen. Diese Politik funktioniert in den meisten Fällen ohne direkte Gewalt. Die Kunst besteht darin, die dahinterstehende strukturelle Gewalt zu erkennen, die im Kapitalismus die normale Form der Herrschaftsausübung ist. (Bertolt Brecht sprach deshalb ja bekanntlich auch von der „Schwierigkeit, Gewalt zu erkennen“.)

Eine Ausnahme bilden allerdings diejenigen Länder, die aufgrund ihrer geringen Außenhandels- und Staatsschulden nicht auf diesem Wege zur Integration in die neoliberale Weltwirtschaft gezwungen werden können. Dies gilt insbesondere für die ölexportierenden Länder. Historisch wurden sie oft genug durch direkte militärische Gewalt aufgebrochen. Aber selbst in den Fällen, in denen die kapitalistischen Kernstaaten über die NATO oder andere Militärbündnisse direkte Gewalt gegenüber Ölstaaten ausgeübt haben, hat es oft andere Kriegsmotive gegeben. Das beste und jüngste Beispiel ist die Intervention der NATO in den libyschen Bürgerkrieg 2011; tatsächlich betrieb Gaddafi schon seit 2003 freiwillig die (Re-)Integration Libyens in den Weltmarkt und den Neoliberalismus, weshalb die These vom Aufbrechen des Ölstaats Libyen nicht haltbar ist. Die zu anfangs als erklärungsbedürftig benannte erratische Politik des Westens gegenüber Gaddafi erklärt sich damit, dass es lange unklar war, welche der beiden Bürgerkriegsparteien am ehesten in der Lage war, den freien Ölfluss und politische und Investitionsstabilität zu garantieren (vgl. hierzu ausführlich Solty 2016, i.E.).

Mit anderen Worten: Der neue Imperialismus erreicht seine ökonomischen Ziele in den meisten Fällen auf einem nichtkriegerischen Wege. Das macht ihn nicht weniger gewaltförmig. Dies gilt sowohl im Innern für den Markt als Zwang (zum Verkauf der Ware Arbeitskraft) als auch nach außen

für die Wirksamkeit der Herrschaft über die ungleiche und kombinierte Entwicklung, d.h. ungleiche Tauschverhältnisse etc., die schuldenimperialistische Praktiken ermöglichen.

Nun ist trotzdem die Gewalt aus dem Kapitalismus nicht verschwunden. Seit den 1980er Jahren ist im Gegenteil ein starker Anstieg der zivilgesellschaftlichen wie auch der staatlichen Gewalt festzustellen. Und Friedmans Ruf nach der „unsichtbaren Faust“, die die Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ durchsetzt, ist selber eine Reflektion der Tatsache, dass die „Globalisierung“ seit den 2000er Jahren zunehmend gewaltförmig durchgesetzt worden ist und die USA und ihre NATO-Verbündeten zahlreiche Kriege geführt haben. Tatsächlich reagierten die USA unter Obama auf diese Problematik, indem die strategische Ausrichtung des US-Militärs (im Gegensatz zur Vorgängerregierung) dahingehend erneuert wurde, die Kapazitäten zu schaffen, um zwei oder mehrere Kriege gleichzeitig führen zu können (Mills 2015).

Die Ursache für viele der neuen Kriege des „Westens“ ist in den allgemeinen Widersprüchen des globalen Kapitalismus und Freihandelsimperialismus zu sehen: Der Freihandelsimperialismus hat mit jedem neuen Freihandelsabkommen im Interesse insbesondere der hochsubventionierten Agrarkonzerne der USA und der EU-Staaten ganze Länder und ihre Bevölkerungen richtiggehend umgepflügt und eine „globale industrielle Reservearmee“ (Foster/McChesney 2011) geschaffen. Zugleich hat die Durchsetzung der strukturellen Macht des Kapitals, d.h. seine Mobilität, im Zuge dieser Politik zu einem verheerenden Standortkrieg der wachsenden Zahl an Nationalstaaten geführt. Faktisch konkurrieren heute ja bereits Regionen und sogar Kommunen innerhalb der Nationalstaaten mit niedrigen Steuersätzen, Subventionen u.ä. um (ausländische) Direktinvestitionen. Die Folge ist, dass die Nationalstaaten durch diese Entwicklungen unter Druck geraten – und die schwächsten unter ihnen zerbrechen. Teile der Staatsapparate machen sich selbständig; die Durchsetzung des Gewaltmonopols wird zunehmend schwieriger, weil lokale Milizen die militärische Okkupation und den Ausverkauf von nationalen Ressourcen (Ölfelder, Gold-, Silber- und Diamantenminen etc.) in die eigene Hand nehmen oder die innerstaatlichen Verteilungskämpfe Entsolidarisierung und Sezessionstendenzen der reicheren Regionen befördern, die sich in (ethnisch, religiös und anders überformte) Bürgerkriege ausarten. Diese problematische Entwicklung wird auch in den Debatten über die „Neuen Kriege“ und den Staatszerfall durchaus anerkannt. Allerdings führt sie z.B. bei Herfried Münkler, der neben Mary Kaldor einer der wichtigsten Vertreter der These von den „neuen Kriegen“ ist, eher zu instrumentellen Schlüssen. So steht Münkler stellvertretend für eine Reihe von Sozialwissenschaftlern und Intellektuellen, die seit Anfang der 2000er Jahre wieder von „Imperien“ und „(liberalem) Imperialismus“ sprechen, dies allerdings in einer ausschließlich affirmierenden und ausdrücklich bejahenden Weise tun. Dies müssen sie allerdings auch, weil sie als herrschaftsnaher Intellektuelle – Münkler beriet immerhin die Schröder-Regierung bei der Agenda 2010 und bemängelte später, dass die rotgrüne Regierung sie nicht mit einem nationalen Schicksalsmythos

auf – freilich eine Ordnungspartei-Perspektive einnehmen, in der Friktionen und Widerstand von unten als Beseitigungsfrage erscheinen. In den Begrifflichkeiten von Max Horkheimer und Robert W. Cox ist ihre Perspektive zwangsläufig „traditionelle Theorie“ bzw. „Problemlösungstheorie“ und keine „kritische Theorie“, die zwar auch Probleme lösen will, aber eben das große Ganze im Blick behält und Perspektiven der Emanzipation und Strategien des Widerstands von unten auslotet. Eben das tun aber ein Staat und seine (Intellektuellen-)Akteure nicht, weil der, wie eingangs betont, als „Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ Politik auf der Grundlage eben dieser Verhältnisse macht.

Die Folge von knapp 40 Jahren neoliberaler Freihandelspolitik und daraus resultierendem Staatszerfall und „neuen Kriegen“ ist, dass sich die neue globale Massenmigration zunehmend nicht nur in Land-Stadt-Richtung, sondern auch – wenngleich noch nicht in demselben Maße – in Süd-Nord-Richtung vollzieht. Ein zentraler Push-Faktor ist neben der ökonomischen Perspektivlosigkeit in den Slum-Städten die Zunahme der Gewalt (insbesondere in der informellen Ökonomie: Drogenhandel, Menschenhandel, Zwangsprostitution etc.). Historisch vergleichsweise kleinere Konflikte haben heute historisch vergleichsweise dramatischere Auswirkungen im Hinblick auf Landvertreibung und Migration (Hobsbawm 2009). Ein zentraler Aspekt des neuen Imperialismus sind deshalb Kriege der westlichen Staaten, die auf diesen Bumerang der eigenen freihandelsimperialistischen Politik reagiert. Der Staat hat im Kapitalismus die Funktion, die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche des kapitalistischen Systems zu bearbeiten. Der US-Staat – begriffen als „Prototyp eines Globalstaates“ (Panitch 2002) – bearbeitet diese Widersprüche auf Weltebene. Dabei ist er aus drei Gründen zunehmend auf die anderen Staaten im American Empire – seine NATO-Verbündeten – angewiesen: (1.) Weil die ökonomische Macht als Grundlage der politisch-militärischen Machtkapazitäten seit den späten 1960er Jahren zurückgegangen ist; (2.) weil das Ausmaß der Verheerungen in 35 Jahren Neoliberalismus dramatisch und mit fürchterlichsten Auswirkungen zugenommen hat, und (3.) weil nach dem Ende der Systemkonkurrenz die zentripetale Wirkung des bipolaren Systems nicht mehr vorhanden ist. Entsprechend steigen die Aufgaben und Herausforderungen für das Empire im selben Augenblick, in dem seine Ressourcen im Umgang mit den Widersprüchen schwinden.

Die globale Krise hat diese allgemeinen Widersprüche bis ins Unerträgliche gesteigert. Weltweit wurden 2007ff 50 Millionen Arbeitsplätze vernichtet – mit den entsprechenden und bereits erwähnten katastrophalen Auswirkungen auf die globale Lohnentwicklung. Die erratische Politik des Westens, seine Zögerlichkeit, in Libyen und Syrien kriegerisch zu intervenieren, sind Ausdruck der Tatsache, dass der Westen eher eine Ad-hoc-Feuerlöschpolitik im Umgang mit den Verwüstungen betreibt, die er im mehr oder weniger alleinigen Interesse der kleinen, aber umso mächtigeren

Gesellschaftsklasse der transnationalen Bourgeoisie und einem an sich irrsinnigen System der konkurrenzgetriebenen Produktion um des Profits Willen betreibt.

Die Widersprüche, die dieses System daheim verursacht, und die wachsende Feindseligkeit autochthoner Bevölkerungen gegenüber der Zuwanderung beinhalten dabei zugleich, dass der neue Imperialismus auch das Ziel der Flüchtlingsbekämpfung verfolgt. Dies lässt sich zum einen in Zentralamerika beobachten, wo die USA darauf drängen, den Plan Colombia in einen Plan Latinoamericano umzuwandeln, um mit einer US-Variante des europäischen Frontex-Regimes die wachsende Zahl der Flüchtlinge möglichst schon vor Erreichen der US-Grenze zu Mexiko abzuhalten (Harmes 2015). Tatsächlich sind Massenabschiebungen von 74.000 elternlosen Kindern und Jugendlichen in diesem Jahr nach Zentralamerika eine hässliche Seite des „Landes der Freien und Tapferen“, die innenpolitische Konflikte verschärft. Ähnlich sieht es in der EU aus und den Problemen der Flüchtlingswellen, die aus Libyen, Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Europa wollen, weil der Westen diese Länder und ihre Ökonomien in 12 Jahren Krieg und Neoliberalismus vollkommen destabilisiert hat. Dabei hat Dominique Strauss-Kahn, als er noch IWF-Präsident war, nach seiner Reise ins „befreite“ Libyen auf den Grad der Probleme der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung hingewiesen, als er betonte, um der Situation in der Herr zu werden, müssten mindestens 80 Millionen Arbeitsplätze allein in der MENA-Region entstehen. Zugleich blockiert der IWF mit seiner Dauerforderung, diese müssten natürlich vom Privatsektor geschaffen werden (eine absurde Vorstellung angesichts der zuvor beschriebenen stagnativen Tendenzen des globalen Kapitalismus und ihrer Ursachen), von vornherein die Diskussion um wirkliche Alternativen und Perspektiven für die Menschen des globalen Südens.

7. Perspektiven linker (Außen-)Politik

Die Frage ist nun: Was für Schlussfolgerung zieht man aus dieser düsteren Analyse? Wie soll und kann sich die Linke positionieren? Was kann linke Außenpolitik? Aus der Opposition, als Juniorpartner in Regierungen oder an der politischen Macht und im Bündnis mit anderen radikalen Linksmehrheiten wie beispielsweise in Lateinamerika?

Als politische Akteure sucht man Mittel gegen die eigene Ratlosigkeit und Wege zur eigenen Handlungsfähigkeit. Die Frage ist: Wenn – im Sinne der Kritischen Theorie – kritisch-dialektisch denken und handeln bedeutet, die sozialen und politischen Kräfte zu erkennen und zu bündeln, die gemeinsam eine emanzipatorische Veränderung aus dem Hier und Jetzt herbeiführen können, wer sind dann diese Kräfte? Und auf welcher Ebene des Politischen setzen sie an? In der Gesellschaft, im Staat oder beides gleichzeitig: Im und gegen den Staat (und seine im Regelfall restriktive Widerspruchsbearbeitungslogik)? Liegt die verallgemeinerbare Handlungsfähigkeit, die eine

transformatorische Linke anpeilt, direkt oder vermittelt in der Außenpolitik? Wie vermeidet man, dass Handlungsfähigkeit restriktiv wird?

Die pessimistische Botschaft ist, dass es aus dieser Perspektive und unter den gegebenen Bedingungen, in denen die Linke/LINKE immer noch so schwach ist wie sie ist, keine Perspektive gibt, die Verhältnisse auf direktem Wege der Außenpolitik im engeren Sinne zu ändern. Dies wird sich auch nicht ändern, solange einer etwaigen Regierungsbeteiligung oder Regierungsübernahme nicht schon eine Hegemonie in der (Zivil-)Gesellschaft vorausgegangen ist. Unter keinen Umständen ist es ratsam, sich an der instrumentellen Logik des neuen Imperialismus und der chaotischen Politik im oben beschriebenen Sinne (Waffen für al-Nusra und ISIS gegen Assad, dann mit Assad und Hisbollah gegen ISIS etc. pp.) beteiligten darf – eine Logik, die sie als Anhängsel einer rotgrünen Koalition, die auf außenpolitische Anpassung an eben diese Logik drängt und sie zur Voraussetzung für Regierungsgespräche macht, niemals ändern könnte. Dies zu glauben wäre naiv.

Eine linke Partei sollte dies aber nicht nur aus diesem schwerwiegenden Grund, sondern schon aus institutionellem Überlebensinstinkt nicht tun. Der Markenkern der Linken in Deutschland und eines ihrer zentralen Alleinstellungsmerkmale ist die konsequente Friedenspolitik. Auch wenn man im Einzelfall geneigt ist, beispielsweise die Beteiligung an der Zerstörung der syrischen Chemiewaffen im Mittelmeer oder die Bewaffnung der Kurden (oder gar PKK) für denkbar oder wenigstens diskutierbar hält, weil man die geostrategische Gesamtlage darüber vergessen hat, dann würde sich das auf eine linke Partei verheerend auswirken: Eine doppelte Spaltung wäre im Grunde unausweichlich – und zwar einerseits innerparteilich, weil die Friedensfrage zu den identitären Kernelementen der Linken gehört, und andererseits in Bezug auf die – trotz aller medialen Meinungsmache der Eliten – aus ihren historischen Erfahrungen fest im Friedenslager stehenden Bevölkerung (insbesondere in Ostdeutschland, wo die Linkspartei nach wie vor ihre wichtigste Basis hat).

Bloß was kann man dann tun? Es ist schwer, hierauf Antworten zu geben. Ein bekannter Vorwurf an die Linke ist schließlich, dass sie stark in der Analyse, aber schwach in den Alternativen sei. Trotzdem drei sehr vorläufige kleine Vorschläge: 1. Linke Außenpolitikkonzepte sind vonnöten, weil Analyse und Aufklärung allein noch nichts verändern. Linke Politik kann, auch wenn sie analytisch damit letztlich richtig liegt, sich nicht darauf versteifen, die „Friedensunfähigkeit“ des (globalen) Kapitalismus herauszustreichen und auf die „Revolutionsnotwendigkeit“ verweisen. Sie muss praktische Politik in transformatorischer Absicht ermöglichen. Jedoch: 2. Die Entwicklung einer kritischen linken „Außenpolitik“ setzt die Problematisierung des Begriffs „Außenpolitik“ voraus. Außenpolitik ist immer zugleich Innenpolitik und umgekehrt. Eine „linke Außenpolitik“ wäre eine, die den Begriff erweitert und grundlegende Fragen der Transformation in den Blick nimmt, bspw. einen Europäischen Marshall-Plan mit einer – durch Abschöpfung unproduktiven Reichtums bei Privatvermögen und Konzernen finanzierten – europäischen Struktur- und Industriepolitik. Mit einem

solchen erweiterten Begriff von Außenpolitik fasst dieser plötzlich die Europäisierung der Antiausteritätsbewegungen zwischen Syriza, Podemos und Linkspartei. Solche strategischen Einstiegsprojekte in „linke Außenpolitik“ wären klar zu definieren und auch als Außenpolitikkonzepte kenntlich zu machen. Gleiches gilt für internationale Konflikte. Denn: 3. „Linke Außenpolitik“ bedeutet die Wahrung der Einheit von materialistischer Analyse (von Konflikten und Interessenslagen) und konkreten, praktischen Politikkonzepten. Die Entwicklung einer linken Außenpolitik in der zuvor konzipierten Form setzt sich damit von den bislang gängigen „linken Außenpolitik“-Konzepten ab, die auf der Grundlage abstrakter Prinzipien wie „Universalität der Menschenrechte“ (und daran anschließend: notfalls „Schutzverantwortung“) operieren und hiermit das Fundament eines Außenpolitikkonsens im linken Lager legen wollen. Konflikte, die „Schutzverantwortungsfragen“ aufwerfen, wird es im globalen Kapitalismus in der Krise immer wieder geben. Linke Außenpolitik in dieser Frage kann sich dabei tatsächlich nicht in der Analyse und Aufklärung erschöpfen. Zugleich kann es auch hier strategische Einstiegsprojekte geben. Diese sind vor allem systematisch-konfliktpräventiver Art. Sie wären aber zugleich beispielhaft entlang des weiteren linken „Außenpolitik“-Begriffs zu entwickeln, der die zivilgesellschaftliche Ebene miterfasst, die in einem per definitionem elitären Politikfeld wie der Außenpolitik für die Linke in der Opposition primäre Betätigungsebene ist und sein muss.